



Reichstags-Baustelle in Berlin

P. LANGROCK / ZENIT

REICHSTAG

Rund um die Uhr

Um den Zeitplan einzuhalten, arbeiten rund 400 Bauarbeiter rund um die Uhr am neuen Parlamentsgebäude in Berlin. Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth will am 18. September im Reichstag Richtfest feiern. Am 31. Dezember nächsten Jahres soll der Parlamentssitz fertiggestellt sein. Im Innern des Gebäudes ragen bereits Stahlträger für die Besuchertribünen in den Plenarsaal, gleichzeitig wird die Haustechnik installiert. Auf dem Dach, an einem Hilfsgerüst, montieren Arbeiter zwei spiralförmige Rampen. Darüber werden später Politiker wie Besucher von der Dachterrasse zur Aussichtsplattform in knapp 50 Meter Höhe gelangen. Das Hilfsgerüst wird erst im September nächsten Jahres verschwinden, wenn im „Glas-Ei“ insgesamt 3000 Quadratmeter Scheiben eingesetzt sein werden. Spätestens dann dürfte der politisch-ästhetische Streit um die hypermoderne, vom britischen Architekten Sir Norman Foster entworfene Kuppel auf dem 1894 errichteten Gebäude wieder entflammen.

ÖFFENTLICHER DIENST

Unangemeldeter Besuch

Die Bundesregierung macht Ernst mit dem Kampf gegen den im Vergleich zur freien Wirtschaft hohen Krankenstand im Öffentlichen Dienst. Das geht aus den Empfehlungen des Bundesinnenministeriums (BMI) an die obersten Bundesbehörden hervor, mit denen ein Kabinettsbeschluss vom Januar umgesetzt wird. Danach haben die Vorgesetzten mit genesenen Mitarbeitern „unverzüglich“ nach

deren Rückkehr ein Gespräch zu führen, in dem „gegebenenfalls“ auch erörtert werden soll, „ob eine Erkrankung ihre Ursache im dienstlichen Bereich hat“. Im BMI selbst müssen Krankmeldungen nun dem Chef der Unterabteilung (bisher: Referatsleiter) vorgelegt werden, die Rückkehr ist schriftlich anzuzeigen. Von Bediensteten, die im Verdacht der Krankfeierei stehen, kann ein Attest schon für den ersten Fehltag gefordert werden. Wer „in auffälliger Weise nicht erklärbarer Ausfalltage“ hat, muß zudem mit „unangemeldetem“ Besuch aus dem Personalreferat rechnen.

EXTREMISTEN

Rezept aus Frankreich

Mit Hilfe des französischen Rechtspopulisten Jean-Marie Le Pen und dessen Partei Front National wollen deutsche Rechtsradikale ein Wahlbündnis für die Bundestagswahl 1998 zustande bringen. Der frühere Vorsitzende der Republikaner, Franz Schönhuber, pflegt seit langem enge Kontakte zu Le Pen. In dem rechten Strategieblatt NATION UND EUROPA propagiert Schönhuber das „Rezept aus Frankreich“ als Heilmittel für die zersplitterte deutsche Rechte: eine Sammlungsbewegung ohne Abgrenzung

nach rechts. Auf seine Vermittlung schickt der Front National jetzt einen seiner führenden Ideologen, Ivan Blot, auf Deutschlandtournee. Der französische Frontmann will die deutschen Gesinnungsfreunde zum Zusammenschluß ermuntern. NPD-Chef Udo Voigt („Vom Front National lernen heißt siegen lernen“) führte bereits im vergangenen Jahr ein Geheimgespräch mit dem Führer der Deutschen Volksunion (DVU), dem fremdenfeindlichen Münchner Verleger Gerhard Frey, über eine Kooperation bei Wahlen. Mit einem Vorschlag zur Zusammenarbeit hat sich der NPD-Boß auch an den Republikaner-Vorsitzenden Rolf Schlierer gewandt. Während Schlierer die Offerte ablehnt, fordern ostdeutsche Rep-Funktionäre den Schulterstoß.

PDS

Streit um Lenin

In der SED-Nachfolgepartei ist ein Streit um die Bewertung des sowjetischen Staatsgründers Lenin und der Oktoberrevolution 1917 entbrannt. Auf einer von der PDS veranstalteten Konferenz in Berlin-Hohenschönhausen zum 60. Jahrestag der Moskauer Schauprozesse gegen Gegner Stalins hat PDS-Vize Wolfgang Gehrcke, ein Vertreter des Realflügels um Gregor Gysi, den Genossen eine neue Geschichtsinterpretation der PDS-Spitze präsentiert. Nicht erst Stalin, sondern bereits Lenin, so Gehrcke, habe „dazu beigetragen, den Terror in der Sowjetunion gesetzlich zu verankern“. Der „Bruch“ mit diesem System sei daher „aus sozialistischer Sicht notwendig und legitim“.

In einem Brief an die Mitglieder des Parteivorstands hatte Michael Benjamin, Sprecher des Parteirats der PDS, die von Gehrcke organisierte Konferenz als „politische Instinktlosigkeit“ verdammt. Die PDS-Spitze, moniert der Altgenosse, Sohn der DDR-Justizministerin Hilde Benjamin, stelle angesichts des „welthistorischen Ereignisses“ der Oktoberrevolution jetzt „vor allem die historisch perspektivlosen und emotional abstoßenden Züge in den Vordergrund“.



Lenin (1919), PDS-Vize Gehrcke

(1.) NOVOSTI / GAMMA / STUDIO X, (2.) ARIS / SIGNUM